

Demonstration 2. Juli 2022 in Berlin – Zivile Zeitenwende

Von der Deeskalation zur Kooperation

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

ich freue mich, dass ich heute zu Euch, zu Ihnen sprechen darf, dass wir uns hier versammelt haben. Ein herzliches Dankeschön an die Veranstalterinnen und Organisatoren.

Das Kernanliegen der IPPNW ist die **Verhütung eines Atomkrieges** und, die Öffentlichkeit über die Gefahren eines Atomkriegs aufzuklären.

Mit dem Ukrainekrieg ist dieses Thema wieder hochaktuell geworden.

Der russische Präsident hat indirekt mit einem Einsatz von Atomwaffen gedroht und ein Atomkrieg wird allgemein wieder für möglich gehalten.

Vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, vom Bundeskanzler, von Militärexperten.

Mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, kommen mehr Menschen ums Leben oder werden verletzt oder psychisch traumatisiert.

Und mit jedem Kriegstag wächst das Risiko, dass sich der Krieg auf andere Staaten ausweitet oder eskaliert.

Darum muss der Krieg so schnell wie möglich beendet werden, wir müssen aus der militärischen Eskalationsspirale herauskommen, es muss zu einem Waffenstillstand kommen, auch um eine nukleare Katastrophe zu vermeiden.

Was wären die Folgen in Berlin nach einer Atombombenexplosion?

Bei der Detonation einer Bombe mit durchschnittlicher Sprengkraft von 100 kt über dem Brandenburger Tor würden 167.000 Menschen sofort umkommen.

Im Zentrum entsteht ein Feuerball mit einem Radius von 380m, in dem alles verglüht.

Durch die Druckwelle kommt es über 3 km in jeder Richtung zu schweren Schäden mit dem Einsturz der meisten Wohngebäude und nachfolgenden Bränden. Jeder Mensch in dieser Zone würde verletzt, viele würden sterben. Betroffen wären die Charité und das Bundeswehrkrankenhaus.

Durch die Hitzewelle würden bis zu 4,4 km Entfernung die Menschen Verbrennungen dritten Grades erleiden, oft tödlich.

Vier Krankenhäuser liegen in dieser Zone: Das Virchow Klinikum, das Jüdische Krankenhaus Berlin, das Klinikum Am Urban, und das St. Joseph Krankenhaus.

Letztlich wäre mit 600.000 Verletzten zu rechnen, aber 1/3 aller Krankenhäuser wäre zerstört, es würden nur noch etwa 15.000 Krankenhausbetten zur Verfügung stehen – für 600.000 Verletzte.

Wir IPPNW-Ärztinnen und Ärzte sind alarmiert.

Wir können und wollen nicht beschwichtigen.

Der Einsatz von **100 Atomwaffen** würde weltweit Klima und Landwirtschaft schädigen und zu extremen Hungersnöten führen. Der Nukleare Winter.

Der Einsatz von **1000 Atombomben** würde unseren Planeten unbewohnbar machen. Derzeit gibt es weltweit über 13.000 Atomsprengköpfe.

Russland und die USA besitzen über 90 Prozent aller Atomwaffen.

Beide Regierungen haben erst am 3. Januar 2022 zusammen mit China, Großbritannien und Frankreich erklärt, dass sie anerkennen:

Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden und darf nie geführt werden!

Russland und die USA müssen der Weltöffentlichkeit jetzt gemeinsam und rechtsverbindlich erklären, dass sie auf einen **Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten**.

Bei der aktuell explosiven Situation in der Ukraine muss jede Eskalation vermieden werden. Der Reflex zur Aufrüstung als Antwort auf den Angriffskrieg ist kontraproduktiv und gefährlich.

Das 100 Milliarden-Programm für die Bundeswehr verschlingt nicht nur finanzielle, sondern auch natürliche Ressourcen sowie menschliche Arbeitskraft und Kreativität, die wir zur Bewältigung der globalen Herausforderungen für das Klima, für soziale Gerechtigkeit und Gesundheit sehr viel dringlicher bräuchten.

Das sogenannte „Sondervermögen“ enthält auch Gelder zur Anschaffung des neuen „Atombombers“ F-35.

Durch die Anschaffung dieses Kampfflugzeugs legt sich Deutschland praktisch für Jahrzehnte auf die nukleare Teilhabe fest.

Mit diesen Flugzeugen können deutsche Pilot*innen die in Büchel gelagerten US-Atombomben einsetzen.

Das ist – auch nach dem 24. Februar - ein verheerendes Signal, gerade weil auch andere Länder momentan über eine nukleare Aufrüstung nachdenken.

Der Kauf von F-35-Tarnkappenbomben ist auch die Voraussetzung dafür, dass ab 2023 neue Atombomben vom Typ B61-12 in Europa stationiert werden können.

Diese Bomben werden lenkbar sein und eine verstellbare Sprengkraft haben. Es wird suggeriert, dass durch ihre höhere Präzision mit solchen taktischen Nuklearwaffen ein räumlich begrenzter Atomkrieg führbar wäre.

Nach der US-amerikanischen Nukleardoktrin sind sie für den nuklearen Ersteinsatz in konventionellen Kriegen vorgesehen.

Im Sinne von Abschreckung halten Militärexperten die Atomwaffen in Büchel für nutzlos. Im Kriegsfall wären sie ein erstes Angriffsziel, da ihr Standort bekannt ist.

Selbst wenn es im Augenblick illusorisch erscheint:

Jetzt schon muss auch für die Zeit nach dem Krieg geplant werden!

Wir müssen das im Koalitionsvertrag festgehaltene Ziel eines Deutschlands frei von Atomwaffen im Blick behalten.

Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten!

Er ist das völkerrechtliche Instrument zur Abschaffung von Atomwaffen.

Gerade hat in Wien die erste Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag getagt, der im Januar letzten Jahres in Kraft getreten ist. Gerade in Anbetracht der angespannten Weltlage infolge des Ukrainekrieges war die Konferenz ein hoffnungsvolles Signal für Frieden und ein Meilenstein für die nukleare Abrüstung!

Die 86 Unterzeichnerstaaten machten deutlich, dass die Mehrheit aller Staaten den Besitz von Atomwaffen und die Drohung mit ihnen nicht länger tolerieren will. Sie verurteilen die Drohungen mit Nuklearwaffen und die verschärfte Rhetorik im Ukrainekrieg.

Deutschland hat an der Konferenz als Beobachter teilgenommen.

Australien hat sogar ein ernstes Interesse bekundet, dem Vertrag zeitnah beizutreten.

Die Ächtung von Massenvernichtungswaffen muss weiterhin Priorität haben.

Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, einen umfassenden Friedensprozess anzuknüpfen, der Rüstungskontrolle und Abrüstung als wesentliche Bestandteile beinhaltet und zur Abschaffung aller Atomwaffen beiträgt.

Schließlich brauchen wir ein neues Nachdenken über Frieden und Sicherheit, das konkrete Handlungsschritte zur Begrenzung des Klimawandels einschließt.

Angesichts der schnell fortschreitenden Klimakrise müssen die immensen Summen, die weltweit für Rüstung ausgegeben werden, gesenkt werden. 2021 waren es laut SIPRI über 2 Billionen Dollar.

Statt einer weltweiten Aufrüstungsspirale brauchen wir mehr finanzielle Mittel für Krisenprävention, zivile Konfliktbearbeitung und eine sozial-ökologische Transformation. Eine neue Friedensordnung in Europa kann nur durch Deeskalation, Verhandlungen und Abrüstung erreicht werden.

Und wenn die Weltgemeinschaft die schlimmsten Auswirkungen der Klimaveränderungen verhindern will, dann muss sie jetzt kooperieren!

**Waffenruhe und Abrüsten für das Leben,
für Klima, Gesundheit und Soziales,
das muss jetzt auf der Tagesordnung stehen!**

Danke!

Ralph Urban

Mitglied des Vorstandes

IPPNW - Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkriegs/
Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V.